



## Presseschau vom 11.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Nach zehn Jahren Chaos in Libyen: Sohn Gaddafis fordert eine Rückkehr zur Vergangenheit**

Zehn Jahre nach seiner Flucht meldete sich der zweitälteste Sohn des früheren libyschen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi zurück auf der politischen Bühne. Aufgrund der Verwurzelung des Landes in einer Vielzahl von Stammesgemeinschaften hatte er bereits 2011 vor Bürgerkrieg, Massenmigration und dem Aufstieg terroristischer Gruppen gewarnt. ... <https://kurz.rt.com/2m77>

#### Tilo Gräser: **Militärischer Wettlauf im All oder friedlicher Kosmos? – Politikmagazin warnt vor Folgen**

Eine zunehmende Militarisierung des Weltalls befürchten Friedensforscher und Abrüstungsexperten. Im aktuellen Heft der Zeitschrift "WeltTrends" aus Potsdam beschreiben sie die Entwicklung und mögliche Auswege. Dabei geht es auch um die zunehmende Konkurrenz um Ressourcen im Weltraum. ... <https://kurz.rt.com/2m7w>

#### Liudmila Kotlyarova: **Mit spannender Biographie: US-Außenminister nennt Aufgaben von neuem Berater zu Nord Stream 2**

Zwar hat die US-Regierung auf die Sanktionen gegen die europäischen Unternehmen, die sich

an Nord Stream 2 beteiligen, verzichtet, die Aufsicht über die Pipeline will sie allerdings sogar verstärken. US-Außenminister Antony Blinken hat am Dienstag Amos Hochstein zum neuen Top-Berater für Energiesicherheit ernannt und seine Aufgaben definiert. ...

<https://snanews.de/20210811/us-berater-zu-nord-stream-2-3171491.html>

**Alexander Knjasew: Doppelpatt in Afghanistan – jahrelanges Nebeneinander von Verhandlungen und Bürgerkrieg in Aussicht**

Im afghanischen Bürgerkrieg zeigt sich aktuell ein Doppelpatt: Keine Seite kann auf dem Schlachtfeld entschieden siegen – ja, nicht einmal volle Kontrolle über bereits beherrschte Gebiete ausüben. Verhandlungen sind also unabdingbar – doch auch da ist die Lage festgefahren. ...

<https://kurz.rt.com/2m74>

**Bolle Selke: Rassistischer Familienname? – „Neger“ von Facebook und E-Mail-Filter zensiert**

Unternehmer mit dem Familiennamen „Neger“ müssen sich ständig rechtfertigen. Facebook sperrte sogar betroffene Accounts. Selbst einige E-Mail-Filter sortieren ihre Nachrichten aus.

...

<https://snanews.de/20210811/rassistischer-familienname--neger-von-facebook-und-e-mail-filter-zensiert-3174927.html>

**abends/nachts:**

**snanews.de: ASEAN-Botschafter: Europäische Länder wollen Russland isolieren**

Etliche Länder und Vereinigungen Europas haben sich in den „indo-pazifischen Wettlauf“ in der Region eingeschaltet, um China einzudämmen und Russland zu isolieren. Das teilte der russische Botschafter beim Verband Südasiatischer Staaten (ASEAN), Alexander Iwanow, am Dienstag im Rahmen des internationalen Diskussionsklubs Valdai mit.

„Es entstand in jüngster Zeit ein neues Moment – das Bestreben verschiedener europäischer Länder und Vereinigungen, sich dem indo-pazifischen Wettlauf in dieser Region anzuschließen... Hinter all diesen westlichen indo-pazifischen Strategien sehen wir die Aufgabe, vor allem das sich aufwärts entwickelnde China einzudämmen und zugleich Russland in dieser Region zu isolieren“, sagte der Diplomat im Zuge einer Online-Diskussion. Iwanow erinnerte daran, dass die EU im Jahr 2021 Schlussfolgerungen des EU-Rates zur Bautätigkeit in der Indo-Pazifischen Region akzeptiert hatte. Frankreich habe im Jahr 2019 eine Strategie im Asiatisch-Pazifischen Raum publik gemacht, und vor einer Woche sei diese Strategie erneuert worden. Deutschland habe im Jahr 2020 die politische Führung in der Indo-Pazifischen Region übernommen. Die Niederlande hätten im Jahr 2020 ihre eigene Strategie angenommen, und Großbritannien habe im Jahr 2021 eine „Neigung“ (zu englisch: „tilt“) im Asiatisch-Pazifischen Raum angekündigt.

„Das Wort ‚Tilt‘ hat mehrere Bedeutungen im Englischen, eine davon steht für ‚kippen‘“, sagte der Diplomat. Er fügte hinzu, dass die USA China zu ihrem strategischen Haupttrivalen erklärt hätten.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0a/3163053\\_0:132:3172:1916\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_8dbe9f512c6981acb4d0d583eb5e0cf5.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0a/3163053_0:132:3172:1916_1920x0_80_0_0_8dbe9f512c6981acb4d0d583eb5e0cf5.jpg)

### de.rt.com: **Russische Botschaft: USA haben kein Mandat für Stationierung der Truppen in Syrien**

Die russische Botschaft in den USA hat erklärt, die USA hätten kein Mandat, um Truppen in Syrien zu stationieren. Zudem wurde seitens Russlands betont, Washingtons Interpretation des Völkerrechts sei lächerlich.

Washington habe kein gesetzliches Mandat, seine Streitkräfte in Syrien zu stationieren.

Zudem widerspreche die Präsenz der US-Soldaten im Land der Resolution des UN-Sicherheitsrats von 2015, die einen Waffenstillstand und eine politische Lösung forderte. Das teilte die russische Botschaft in Washington mit, die auf einen Tweet von Wayne Marotto, dem offiziellen Militärsprecher der Operation Inherent Resolve, der US-Kampagne im Nahen Osten zur Bekämpfung des IS, reagierte.

In den sozialen Medien sagte Marotto, dass die USA ein klares völkerrechtliches Mandat hätten, in Syrien zu bleiben. Dieser Behauptung widersprach die russische Botschaft in der Nacht zum Montag öffentlich:

"Tatsache ist, dass die US-Streitkräfte kein gesetzliches Mandat haben, in Syrien zu bleiben. Ihre Auslegung von UNSCR 2254 ist einfach lächerlich. Bitte lesen Sie das Dokument gründlich durch."

Die im Jahr 2015 verabschiedete UN-Resolution 2254 fordert alle Parteien auf, Angriffe auf zivile Ziele unverzüglich zu beenden, erlaubt jedoch Offensiven gegen Gruppen, die vom UN-Sicherheitsrat als Terroristen eingestuft wurden, wie zum Beispiel ISIS. Die Resolution sieht auch vor, einen von Syrien geleiteten politischen Übergang mit freien und fairen Wahlen zu schaffen.

Nach derzeitigem Stand haben sowohl Moskau als auch Washington Truppen in Syrien vor Ort. Die russische Operation begann 2015, nachdem der syrische Präsident Baschar al-Assad legal um militärische Hilfe vom Kreml gebeten hatte. Nach internationalem Recht ist die US-Militärpräsenz jedoch eine illegale Besetzung, da die US-Truppen ohne Einladung der Regierung ins Land einmarschierten.

### snanews.de: **Paschinjan spricht von Schlüsselrolle der OVKS bei Gewährleistung der Sicherheit Armeniens**

Die Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (OVKS) spielt nach Ansicht von Armeniens Regierungschef Nikol Paschinjan eine Schlüsselrolle im System der Sicherheit seines Landes.

„Wir wissen unsere Mitgliedschaft in der OVKS als eines der wichtigsten Elemente des

Sicherheitssysteme Armeniens mit einem weitreichenden Verantwortungsbereich zu schätzen. Leider nehmen die Spannungen vielerorts zu. Aus diesem Grund bereiten wir uns auf unsere Vorsitzführung in der Organisation mit allem Ernst vor“, sagte Paschinjan.

### **"Krise nur mit politischen Mitteln lösbar"**

Es komme darauf an, maximale Anstrengungen zu unternehmen, um Gegensätze und Herausforderungen in der Zone der Verantwortung der OVKS mit politischen Mitteln zu überwinden. Er denke, dass die Organisation genug Möglichkeiten habe, um alle Probleme politisch zu lösen, fuhr der Regierungschef fort.

Ihm zufolge ist die Sicherheit des Landes infolge der Krise der letzten zwei-drei Monate ernst gefährdet. Die aserbaidschanischen Streitkräfte befänden sich gesetzwidrig auf dem Territorium Armeniens.

„Armenien bleibt den in den trilateralen Karabach-Erklärungen vom 9. November und 11. Januar festgeschriebenen Vereinbarungen treu (...) Für uns ist es enorm wichtig, den Prozess der Grenzmarkierung und Grenzziehung mit Aserbaidschan zu beginnen. Aber dafür sollten konkrete Bedingungen geschaffen werden“, sagte Paschinjan.

### **Lage an armenisch-aserbaidschanischer Grenze**

Seit dem 28. Juli wird an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze wieder geschossen. Baku behauptet, dass Armenien das ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen verletzt habe. Eriwan spricht von drei toten und fünf verletzten armenischen Soldaten. Nach dem verbalen Schlagabtausch wurde der Waffenstillstand letztendlich bekräftigt. Angaben des armenischen Verteidigungsministeriums zufolge wurde die entsprechende Übereinkunft unter Vermittlung der in der Region stationierten russischen Friedensmacht erzielt.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0a/3164935\\_0:5:2863:1615\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_ebda94be024e0a02085f7052764ee01c.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0a/3164935_0:5:2863:1615_1920x0_80_0_0_ebda94be024e0a02085f7052764ee01c.jpg)

### **vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurde **Kalinowo-Borschtschewatoje** unter Einsatz von Granatwerfern (29 Schüsse) und Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: "**Pipeline-Killer**" soll Deutschland beim Projekt Nord Stream 2 beaufsichtigen  
Bisher einer der erbittertsten Gegner des Projekts ist nun der Aufseher – damit Putin ja nicht "Energie als Waffe" einsetzt: Amos Hochstein, auch "Pipeline-Killer" genannt, wird Bidens

Sondergesandter für Nord Stream 2 in Deutschland.

Wenn du etwas nicht verhindern kannst, solltest du es anführen. In seiner Politik zur Verhinderung des Pipeline-Projektes Nord Stream 2 hält sich der US-Präsident Joe Biden offenbar immer mehr an diese politische Faustregel. Aus US-Medien ist nun bekannt geworden, dass US-Präsident Joe Biden einen Sondergesandten für das Projekt Nord Stream 2 ernannt hat, nämlich Amos Hochstein. Der ist als Vorstandsmitglied des NATO-nahen Thinktanks Atlantic Council seit jeher ein erbitterter Gegner der Gasleitung – und dürfte darauf achten, dass Berlin alle gemachten Zusagen an die USA auch wirklich einhält. Amos Hochstein war schon Bidens Berater in Energiefragen, als er nämlich von 2014 bis 2017 als Sonderbeauftragter des Außenministeriums für internationale Energiefragen tätig war. Im Jahr 2017 wurde er in den Aufsichtsrat des ukrainischen Gasunternehmens Naftogaz berufen, wo er an Reformen zur Korruptionsbekämpfung bei einem staatlichen Energieriesen arbeiten sollte.

Im Oktober 2020 kündigte Hochstein in einem Meinungsartikel seinen Rücktritt aus dem Aufsichtsrat an und begründete dies mit dem Rückfall der ukrainischen Regierung in die Korruption. Die ganze Zeit über war Hochstein eine führende Stimme gegen Nord Stream 2 – die Welt bezeichnete ihn sogar als den "Pipeline-Killer" und das US-Nachrichtenportal Axios titulierte ihn als "Russland-Falken". Im Projekt sieht er vor allem ein strategisches Ziel des Kremls, die Ukraine zu umgehen und Gas direkt in das Herz Europas zu liefern. Ihm zufolge stellt diese Pipeline "die existenzielle Krise der Ukraine" dar. Dem Land würden bei einem Stopp der Transit-Lieferungen mehr als eine Milliarden Dollar an Transit-Gebühren jährlich entgehen.

Wie Axios berichtet, könnte die Ernennung Hochsteins wohl eine Beschwichtigungsgeste der Biden-Regierung gegenüber den erbittertesten Gegnern des Projekts im US-Kongress und in Osteuropa sein – um dem "Deal" mit den Deutschen durch diese Person etwas mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Denn dem ursprünglichen Plan zufolge sollte ja ausgerechnet Amos Hochstein die Pipeline stoppen, da er dafür "der richtige Mann gewesen wäre". Die deutsche Regierung mache sich mit dem Projekt erpressbar, behauptete Hochstein immer wieder. Schließlich könne Wladimir Putin das Gas jederzeit abstellen. Doch weil die Bundesregierung trotz Drohungen und Widerstand aus Washington auf dem Projekt beharrte, ließ Joe Biden den Zankapfel durch die getroffene Einigung beseitigen – um auch so den zu Trumps Zeiten arg beschädigten deutsch-US-amerikanischen Beziehungen aus der Krise zu helfen.

Im Gegenzug zu dem "Entgegenkommen" Bidens solle die Bundesregierung Russland mit Strafen belegen, sollte Putin tatsächlich das Erdgas als "Waffe" einsetzen. So verpflichtete sich Angela Merkel für die Bundesregierung, "alle Hebel" zu nutzen, um eine Verlängerung des 2024 auslaufenden ukrainisch-russischen Gastransitabkommens zu erreichen. Gazprom hat noch am selben Tag, als die gemeinsame Erklärung Deutschlands und der USA zu Nord Stream 2 veröffentlicht wurde, signalisiert, dass die Verlängerung des ukrainischen Transits durchaus eine Option sei, "wenn das aus kommerzieller Sicht interessant sein werde". Gleichzeitig teilte der Gazprom-Chef Alexei Müller seinen umweltbewussten Partnern mit, dass das ukrainische Transitnetz wegen des Pumpenantriebs etwa 5,6 Mal mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht als Nord Stream 2.

Nicht nur deshalb sieht Russland wenig Spielraum für das Ausüben eines von der US-Seite erhofften Drucks auf seine Energiepolitik. Die Einigung zwischen den USA und Deutschland sei für die beiden Unterzeichner nicht einmal rechtsverbindlich, sagte der russische Botschafter in Deutschland Sergei Netschajew in einem Interview dem Nachrichtenportal Iswestija und wies auch darauf hin, dass das Gaspipeline-Projekts in wenigen Wochen fertiggestellt sein werde.

"Erstens ist es wichtig, die Terminologie zu klären. Die USA und Deutschland haben keine 'Vereinbarung' über Nord Stream 2 getroffen. Sie haben eine gemeinsame Erklärung

veröffentlicht, die für die Unterzeichner kein rechtsverbindliches Dokument ist", erklärte Netschajew und fügte hinzu: "Und es bringt sicherlich keine Verpflichtungen für Russland mit sich."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6112715e48fbef3f5414e411.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 10. August 3:00 Uhr bis 11. August 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination fünf Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Oserjanowka, Staromichajlowka, Kominternowo.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 63.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **de.rt.com: Migrantenkrise: Lettland verhängt Ausnahmezustand an Grenze zu Weißrussland**

Wegen zunehmenden Migrantenzustroms ruft die lettische Regierung ab Mittwoch in mehreren Regionen an der Grenze zu Weißrussland einen Notstand aus. Damit wird der Grenzschutz des Landes ermächtigt, die illegalen Einwanderer zurückzuschicken – notfalls auch mit Gewalt.

Der Ausnahmezustand wird in den Bezirken Ludza, Krāslava und Augšdaugava im Südosten Lettlands sowie der Stadt Daugavpils eingeführt und soll zunächst bis zum 10. November gelten, wie die lettischen Medien am Dienstag mitteilten. Der Beschluss der Regierung in Riga erlaubt es den Grenzschutzbeamten, Militärs und Polizisten, die illegal nach Lettland eingereisten Migranten nach Weißrussland zurückzuführen, unter anderem unter Anwendung von Gewalt und speziellen Mitteln. Außerdem legt die Anordnung fest, dass die Behörden der

betroffenen Regionen für die Dauer des Notstandes zunächst keine Asylanträge annehmen werden.

Innenministerin Maria Golubewa verteidigte die Entscheidung mit Verweis auf die dramatisch gestiegene Zahl illegaler Grenzübertritte, indem sie sie als eine "offensichtliche Notwendigkeit" bezeichnete. Für die Entwicklung machte die Behördenchefin die Regierung in Minsk verantwortlich und warf ihr vor, gegen die EU einen "hybriden Krieg" zu führen. Die Situation mit illegalen Migranten an der lettisch-weißrussischen Grenze spitzt sich seit mehreren Tagen in Folge zu, nachdem das benachbarte Litauen die Kontrollen an seinen Grenzen verschärft und die Aufnahme von Einwanderern gestoppt hatte. Nach Angaben des Leiters des lettischen Grenzschutzes Guntis Pujāts wurden innerhalb der letzten 24 Stunden rund 200 illegale Migranten am versuchten Grenzübergang gehindert und festgenommen. In den vier Tagen davor belief sich diese Zahl auf 218 Menschen – circa sieben Mal mehr als im gesamten Jahr 2020.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte zuvor der EU wiederholt damit gedroht, als Reaktion auf die gegen Minsk verhängten Sanktionen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten über die Staatsgrenze passieren zu lassen. Wegen der Folgen der Sanktionen habe Minsk "weder das Geld noch die Kraft", um den Migrantenzustrom weiter aufzuhalten, so der Staatschef. Zugleich warf Weißrussland seinen Nachbarländern vor, Gewalt gegenüber Migranten anzuwenden und ihnen die nötige medizinische Hilfe zu verweigern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6112d71e48fbef3f0c72f039.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. August um 9:00 Uhr 7448 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.  
Davon wurden bis 5876 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.  
Seit Beginn der Pandemie gibt es 683 Todesfälle.

#### snews.de: **Brite in Potsdam festgenommen – Vorwurf lautet auf Arbeit für russische Geheimdienste**

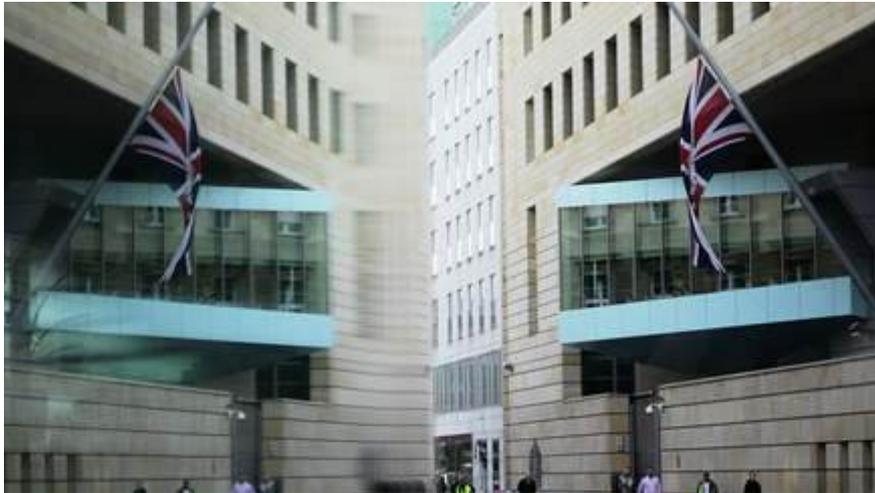
In Potsdam ist am Dienstag ein britischer Staatsangehöriger verhaftet worden. Das gab am Mittwoch der Generalbundesanwalt bekannt. Der Mann steht im Verdacht, für einen russischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein.

Die Festnahme sei das Ergebnis gemeinsamer Ermittlungen deutscher und britischer Behörden.

„Die Bundesanwaltschaft hat gestern (10. August 2021) aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom 4. August 2021 den britischen Staatsangehörigen David S. in Potsdam von Beamten des mit den Ermittlungen beauftragten Bundeskriminalamtes festnehmen lassen“, heißt es in dem offiziellen Schreiben.

Der Festgenommene steht demnach im Verdacht, spätestens seit November 2020 für einen ausländischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein.

Der Beschuldigte arbeitete laut dem Statement bis zu seiner Festnahme als Ortskraft bei der britischen Botschaft in der deutschen Hauptstadt. Er soll bei mindestens einer Gelegenheit Dokumente „an einen Vertreter eines russischen Nachrichtendienstes“ übermittelt haben, „die er im Zuge seiner beruflichen Tätigkeit erlangt hatte“. Dafür habe der Mann Bargeld bekommen. Derzeit ist die Höhe der Summe nicht bekannt.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0b/3168675\\_0:0:3097:1742\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_ff7f0183dc3f62e00a0ef04c1bddb28f.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0b/3168675_0:0:3097:1742_1920x0_80_0_0_ff7f0183dc3f62e00a0ef04c1bddb28f.jpg)

Mzdnr.ru: Am 10. August wurden in der DVR 818 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt davon waren 328 positiv, bei 163 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 11. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 50.814 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4828 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 42.230 als gesund entlassen, es gibt 3756 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 195 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 14 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 129 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1981 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 771 mit Sauerstoffunterstützung (+65 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2217 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

**nachmittags:**

deu.belta.by: **Miklaschewitsch: Streben nach Neutralität könnte als Verfassungsnorm abgeschafft werden**

Es gibt den Vorschlag, die Verfassungsbestimmung über das Streben nach Neutralität abzuschaffen, teilte Pjotr Mikloschewitsch, Vorsitzender des Verfassungsgerichtshofs und des Verfassungsausschusses, gegenüber Journalisten mit.

„Streben nach Neutralität ist als Bestimmung in der geltenden Verfassung enthalten. Unter Berücksichtigung der Realität ist Belarus ein OVKS-Mitgliedsstaat und gehört damit zu einem Militärblock. Die Verfassungsnorm sollte mit der Realität übereinstimmen“, sagte Pjotr Miklaschewitsch.

„Dabei wird vorgeschlagen, eine Bestimmung darüber zu verankern, dass von Belarus keine Gefahr für andere Staaten ausgeht und zum Schutz der Souveränität Belarus ein kollektives Verteidigungssystem einsetzen wird“, erläuterte Pjotr Miklaschewitsch.

Heute findet eine ordentliche Sitzung des Verfassungsausschusses statt. Der Ausschuss verhandelt über redaktionelle Korrekturen der Änderungen im Grundgesetz, die aufgrund der Vermerke von den Ausschussmitgliedern erarbeitet wurden.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000022\\_1628677581\\_58043\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1628677581_58043_big.jpg)

#### deu.belta.by: **Verfassungsausschuss legt Frage über AVV-Status dem Staatschef zur Erörterung vor**

Der Verfassungsausschuss will dem Präsidenten des Landes die Fragen über den Status der Allbelarussischen Volksversammlung und über die Todesstrafe zur Erörterung vorlegen. Das sagte der Vorsitzende des Verfassungsgerichts und des Verfassungsausschusses Pjotr Miklaschewitsch vor Journalisten.

„Wir wollen dem Staatschef drei Fragen zur Prüfung vorlegen. Es handelt sich um den Verfassungsstatus der Allbelarussischen Volksversammlung, da sie eine neue Institution im System der Staatsgewalt ist und bestimmte verfassungsrechtliche Befugnisse wahrnehmen soll. Dabei darf die Allbelarussische Volksversammlung das derzeitige innerstaatliche Gefüge nicht verletzen“, sagte Pjotr Miklaschewitsch.

Er machte darauf aufmerksam, dass sich einzelne Ausschussmitglieder über die Bildung der Allbelarussischen Volksversammlung und ihre Befugnisse nicht einig sind. Zweifel gebe es im Hinblick auf das Recht der Allbelarussischen Volksversammlung, in die Legitimation der Präsidentschaftswahlen einbezogen zu werden.

Die zweite Frage, die dem Staatschef zur Erörterung vorgelegt wird, betrifft die Todesstrafe.

„Hier gibt es drei Möglichkeiten. Entweder lassen wir den Artikel 24 unverändert und unangetastet. Bei der Volksabstimmung 1996 hat sich Belarus für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen. Ein Sonderreferendum könnte diese Norm natürlich etwas korrigieren, aber wenn es soweit kommen sollte. Der Präsident hat selbst das Recht, ein Moratorium für die Vollstreckung oder Anwendung der Todesstrafe zu verhängen. Das heißt, eine schrittweise Entscheidung ist möglich, wie in anderen Staaten.

Eine zweite Möglichkeit ist, den Artikel Nr.24 zu korrigieren und die Todesstrafe nur im Falle der Terroranschläge mit Todesopfern vorzusehen.

Die dritte Möglichkeit besteht darin, die Todesstrafe völlig abzuschaffen. Alle drei Optionen müssen unter Beteiligung des Staatsoberhauptes diskutiert werden“, sagte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses.

Uneinigkeit herrsche im Ausschuss auch in Bezug auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Nominierung von Bewerbern für die Parlamentswahlen. „Diese Norm ist in der Verfassung verankert und kommt noch aus Sowjetzeiten. Heute sind Arbeitskollektive in ihrer früheren Form nicht mehr so zahlreich vorhanden. Denn es gibt viele Privatunternehmen, in

denen es keine traditionellen Arbeitskollektive gibt. Die Zeiten haben sich geändert. Zweitens gibt es einen allgemein akzeptierten Ansatz, der lautet: Die Nominierung von Abgeordneten erfolgt in einem politischen Wettbewerb oder einem Kampf. Die Frage ist also offen. Sollten wir es beibehalten oder sollten wir damit aufhören, dass die Parteien und die Bürger selbst direkt Kandidaten für Abgeordnete nominieren, wie es allgemein üblich ist. Wir wollen dieses Thema auch mit dem Staatschef besprechen“, fügte Pjotr Miklaschewitsch hinzu.

Der Verfassungsausschuss ist heute zu einer regulären Sitzung zusammengekommen. Im Mittelpunkt stehen redaktionelle Änderungen der Verfassung unter Berücksichtigung von Anmerkungen der Ausschussmitglieder.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000022\\_1628681635\\_58044\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1628681635_58044_big.jpg)

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 11.08.2021**

**In den letzten 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen **Staromichajlowka** beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Gebirgssturmbrigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzergrenatwerfern und **Oserjanowka** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen der 128. Brigade **Leninskoje** und **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner** drei Feuerprovokationen begangen.

Kämpfer der 28. Brigade haben **Luganskoje** unter Einsatz von Artilleriesystemen des Kalibers 122mm beschossen und 12 Geschosse abgefeuert.

Kämpfer der 72. Brigade haben zweimal **Jasinowataja** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse und eine Rakete mit einem Antipanzerraketensystem abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Um weiteren Beschuss zu verhindern sowie angesichts der Gefahr, die durch Detonationen ukrainischen Geschosse für Leben und Gesundheit der Einwohner entstehen, **waren die Einheiten der Volksmiliz**, geleitet von den Punkten „d“ und „e“ der Zusatzkomplexes von Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands, **gezwungen, das Feuer zu erwidern, um**

### **die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.**

Die Verluste der Besatzer werden noch ermittelt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen drei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind. Die 72. mechanisierte Brigade hat ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ in einem Wohngebiet von Wesjoloje stationiert sowie einen Panzertransporter und ein Abwehrgeschütz SU-23 in der Nähe von Wohnhäusern in Krasnogorowka.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 30. und 72. Brigade zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Mironowskij und Krasnogorowka zu blockieren.

### **Die bewaffneten Formationen der Ukraine erleiden weiter Verluste aufgrund des geringen Ausbildungsniveaus sowie der Nichteinhaltung von Forderungen der Minensicherheit.**

Nach uns vorliegenden Informationen wurden gestern drei ukrainische Besatzer verletzt, als sie auf Minensperren gerieten, die am Rand von Marjinka installiert waren.

Nach uns vorliegenden Informationen waren alle drei Offiziere dieses Ausbildungsjahrs, die vor einer Woche zum Dienst in die 28. Brigade gekommen waren.

In den Materialien einer vorläufigen Untersuchung wird gesagt, dass die Leutnants auf eine ihnen unterstellte Position fuhren, um den Beginn des Dienstes in einem „Kampftruppenteil“ durch Konsum von Alkohol zu begehen. Danach fuhren sie in betrunkenem Zustand in die Unterkunft des Bataillons in Marjinka, dabei kamen sie von der Route ab und gerieten auf eine Mine.

Das Geschehen rief eine negative Reaktion des Kommandeurs der OOS Pawljuk hervor, der befahl, alle jüngeren Offiziere von der Front in Hinterlandgebiete abzuziehen, wo sie verpflichtet werden, nur in Abteilungen als dienstliche Zuständige für die Einheiten zu gehen und Übungen mit dem Nachwuchs durchführen sollen. Der Aufenthalt in der OOS-Zone soll nur den Offizieren erlaubt sein, die mindestens ein Jahr in den Verbänden der ukrainischen Streitkräfte gedient haben und bei ihm persönlich Prüfungen über die Sicherheitsbestimmungen abgelegt haben.

Aber wie uns bekannt wurde, fand die Entscheidung des Kommandeurs keine Billigung unter den Offizieren der ukrainischen Streitkräfte, die meinen, dass das Kommando der OOS vor dem Hintergrund der unerträglichen Bedingungen für sie selbst an der Front für die jungen Offiziere „gemütliche“ Bedingungen an einem sicheren Ort geschaffen hat, sich um sie wie im Kinder kümmert und ihnen dabei die Zuschläge für die Front nicht streicht.

**Ein aktiver ukrainischer Soldat ist freiwillig auf unsere Seite übergegangen.** Bei seiner vorläufigen Befragung wurde festgestellt, dass Ursachen der Flucht das geringe Niveau der materiellen Versorgung, unerträgliche Dienstbedingungen, nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen sowie das Fehlen von Hilfe und Schutz von Seiten des Kommandos und der Rechtsschutzorgane in der bestehenden Situation waren.

Mit dem Soldaten werden derzeit Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt, über die Ergebnisse werden wir bald berichten.

### **snanews.de: „Alles bewegt sich in die falsche Richtung“: US-Offizielle befürchten baldigen Fall von Kabul**

Angesichts des schnellen Vormarsches der militant-islamistischen Taliban in Afghanistan könnte die Hauptstadt Kabul viel früher in die Hände der Aufständischen fallen, als bisher von den USA angenommen wurde, schreibt die „Washington Post“ unter Berufung auf nicht genannte Quellen in den US-Geheimdiensten.

Noch im Juni hätten US-Geheimdienstmitarbeiter die Lage so eingeschätzt, dass Kabul in einem Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten nach dem Abzug des US-Militärs unter Kontrolle der Taliban geraten könnte, so das Blatt.

Am Dienstag habe ein Beamter, der anonym bleiben wollte, gesagt, der Zusammenbruch könnte innerhalb von 90 Tagen erfolgen. Aus der Sicht eines anderen Offiziellen sei Kabuls Fall binnen eines Monats nicht ausgeschlossen.

„Alles bewegt sich in die falsche Richtung“, zitierte das Blatt einen Experten, der mit der neuen militärischen Einschätzung vertraut ist.

Trotz der sich schnell verschlechternden Sicherheitslage verteidigte US-Präsident Joe Biden erneut den Abzug des US-Militärs. Washington habe in 20 Jahren in Afghanistan Tausende Militärs verloren und mehr als eine Billion Dollar ausgegeben. Die Afghanen müssten nun „zusammenkommen“ und „um ihren Staat kämpfen“, sagte er laut der Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag im Weißen Haus in Washington.

Ihre Streitkräfte seien den Taliban in Bezug auf die Truppenstärke überlegen. Biden versprach, die USA würden den afghanischen Sicherheitskräften weiterhin Luftunterstützung bereitstellen, Nahrungsmittel und Ausrüstung liefern sowie Militärgehälter zahlen.

Laut „The Washington Post“ wird die Kampfstärke der afghanischen Regierungsarmee auf 300.000 Militärs geschätzt. Die Zahl der tatsächlich kampfbereiten Soldaten möge jedoch niedriger sei, denn einige seien wegen Drohungen der Taliban geflohen und andere seien nur auf dem Papier Teil der Truppen, in Wirklichkeit würden sie ihre Aufgaben nicht erfüllen. Man habe in den letzten Tagen gesehen, dass die Taliban zum Teil Waffen und Ausrüstung nutzt, die der afghanischen Regierung abgenommen wurden, so die Zeitung. Darunter seien Fahrzeuge, die immer noch Abzeichen der afghanischen Truppen hätten.

Im April hatte Biden angekündigt, den US-Einsatz in Afghanistan – den längsten US-Einsatz im Ausland – zu beenden. Mehr als 95 Prozent der US-Truppen haben das Land bereits verlassen. Schluss mit dem US-Einsatz soll spätestens am 11. September sein.

Die Taliban begannen ihren rasanten Aufmarsch im Mai und haben seit dem Beginn des internationalen Truppenabzugs immer mehr Gebiete in Afghanistan unter ihre Kontrolle gebracht. In den vergangenen Tagen machten sie vor allem im Norden, der an Usbekistan und Tadschikistan grenzt, Boden gut. Sie rückten in mehrere strategisch wichtige Städte ein, darunter Kundus, in dessen Nähe jahrelang Bundeswehr-Soldaten stationiert waren, und nahmen innerhalb etwa einer Woche sieben Provinzhauptstädte ein.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/14/228098\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_dc64c7b00c2ed539ed71b2a36ab23494.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/14/228098_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_dc64c7b00c2ed539ed71b2a36ab23494.jpg)

sputnik.by: **Das weißrussische Außenministerium zog die Zustimmung zu Fishers Ernennung zum US-Botschafterin in Minsk zurück**

Das belarussische Außenministerium hat seine frühere Zustimmung zur Ernennung von Julie

Fisher zur US-Botschafterin in Minsk zurückgezogen, teilte das Außenministerium der Republik mit.

Wie der Pressesprecher des Ministeriums Anatoli Glas mitteilte, wurde am Mittwoch der US-Geschäftsführer Ruben Arutjunjan ins Außenministerium berufen, dem die Reaktion Weißrusslands auf die von den USA angekündigten neuen Sanktionen mitgeteilt wurde. "Unsere Länder haben in den letzten Jahren einen langen Weg zurückgelegt, um die diplomatischen Beziehungen auf ein mehr oder weniger akzeptables Niveau zu bringen, daher ist es schade, dass die unverschämten und offen feindseligen Handlungen der amerikanischen Seite sowie die Handlungen ihrer einzelnen Vertreter" die nicht unter den Begriff der Diplomatie und Professionalität fallen, haben die Vorarbeiten zerstört und uns gezwungen, die zuvor erteilte Zustimmung der Republik Belarus zur Ernennung von J. Fisher zur US-Botschafterin in unserem Land zurückzuziehen", sagte der Vertreter des belarussischen Außenministeriums.

Darüber hinaus schlug das weißrussische Außenministerium den Vereinigten Staaten vor, die Zahl ihrer Botschaftsmitarbeiter in Minsk bis zum 1. September auf 5 Personen zu reduzieren. „Vor dem Hintergrund der Maßnahmen Washingtons zur Reduzierung der Zusammenarbeit in allen Bereichen und der wirtschaftlichen Abschnürung unseres Landes sehen wir auch objektiv keinen Sinn in der Anwesenheit eines so bedeutenden Personals der amerikanischen diplomatischen Vertretung in Weißrussland.

Die belarussische Seite setzt die Genehmigung aller neuen Projekte, Zuschüsse und Programme unter der Schirmherrschaft der US-Regierung aus, im Zusammenhang mit dem Verlust der amerikanischen Vertrauenswürdigkeit seitens Weißrusslands - bis dieses Vertrauen wiederhergestellt ist.“

Gleichzeitig betonte der Pressesprecher des Ministeriums, dass Weißrussland zum Dialog bereit sei, und wenn Washingtons Politik zu einem konstruktiven Kurs zurückkehre, würden die eingeleiteten Maßnahmen überarbeitet. ...



[https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/05/07/1047571482\\_0:215:1381:992\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_bb7dfb74e318500e7c8ac494b59f2e46.jpg](https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/05/07/1047571482_0:215:1381:992_1920x0_80_0_0_bb7dfb74e318500e7c8ac494b59f2e46.jpg)

### **Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 10. August 2021**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Nowoalexandrowka aus **Kalinowo-Bortschtschewatoje** mit Granatwerfern und

Schusswaffen beschossen und 17 Granaten abgefeuert.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um eine Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. ...

snanews.de: **China verurteilt Kanadier zu elf Jahren Haft wegen Spionage**

Der kanadische Staatsangehörige Michael Spavor ist am Mittwochmorgen (Ortszeit) zu elf Jahren Haft verurteilt worden, das entsprechende Urteil wurde vom Mittleren Volksgericht in Dandong veröffentlicht.

Grund für die Verurteilung seien „Spionage im Ausland und Weitergabe der Staatsgeheimnisse“, so das Urteil. Außerdem beschloss das Gericht, Spavors Vermögen im Wert von 50.000 Yuan (ungefähr 6577 Euro) zu beschlagnahmen und ihn ins Heimatland zu deportieren. Das Gericht gab nicht bekannt, wann die Abschiebung stattfindet.

Die Entscheidung wurde vom kanadischen Botschafter in China, Dominic Barton, kritisiert.

Ihm zufolge fehlte es „an Gerechtigkeit und Transparenz“. Außerdem wurden keine Informationen über den Gerichtstermin für den ehemaligen kanadischen Diplomaten Michael Kovrig gegeben, der auch im Dezember 2018 der Spionage beschuldigt worden war.

Die kanadische Regierung verurteilte das Urteil aufs Schärfste und bezeichnete die Festnahme als „willkürlich“. Der Ministerpräsident Justin Trudeau betonte, dass Spavors Freilassung nach wie vor die oberste Priorität für die kanadische Regierung habe.

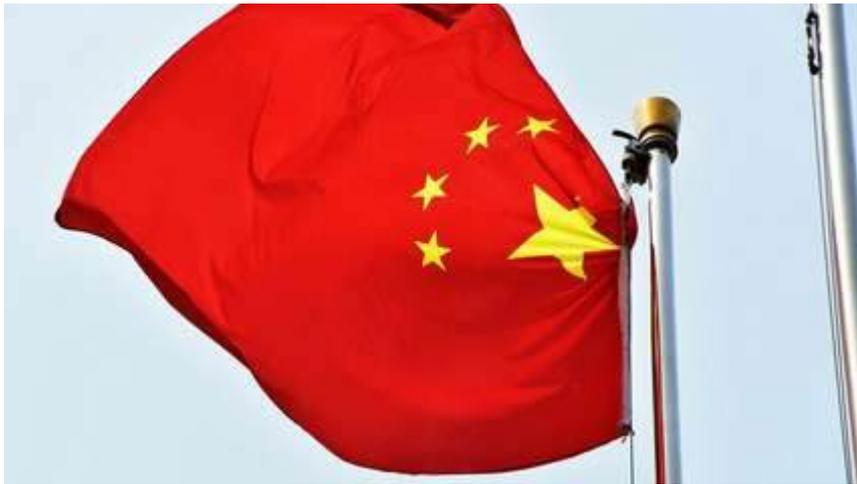
„Das Urteil gegen Herrn Spavor fällt nach mehr als zweieinhalb Jahren willkürlicher Inhaftierung, mangelnder Transparenz im Gerichtsverfahren und einem Verfahren, das nicht einmal den vom Völkerrecht geforderten Mindeststandards entsprach.“

„Obwohl wir mit den Vorwürfen nicht einverstanden sind, wissen wir, dass dies der nächste Schritt im Prozess ist, Michael nach Hause zu bringen. Und wir werden ihn weiterhin in dieser herausfordernden Zeit unterstützen“, sagte Spavors Familie in einer Erklärung.

Der US-Außenminister Antony Blinken rief China dazu auf, die kanadischen Staatsbürger Spavor und Kovrig „unverzüglich und bedingungslos“ freizulassen.

„Die Praxis einer willkürlichen Inhaftierung von Einzelpersonen, um einen Einfluss auf die ausländischen Regierungen auszuüben, ist völlig inakzeptabel. Menschen sollten nie als Tauschobjekte benutzt werden.“

Spavor und Kovrig wurden gleich nach der Festnahme der Huawei-Finanzchefin Meng Wanzhou in Vancouver festgenommen. Die USA fordern ihre Auslieferung wegen des Vorwurfs, sie habe Banken in Honkong im Zusammenhang mit Geschäften mit dem Iran belogen und gegen die Handelssanktionen verstoßen. Das entsprechende Urteil ist in Vancouver zeitnah fällig.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0b/3177006\\_0:101:1920:1181\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_956cbbe537858edd221780893b70ba23.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0b/3177006_0:101:1920:1181_1920x0_80_0_0_956cbbe537858edd221780893b70ba23.jpg)

deu.belta.by: **Belarus zieht Zustimmung für Ernennung von Julie Fisher zur US-Botschafterin in Minsk zurück**

Belarus hat die früher erteilte Zustimmung für die Ernennung von Julie Fisher zur US-Botschafterin in Minsk zurückgezogen. Bis zum 1. September soll die US-Botschaft in Minsk die Zahl ihrer Mitarbeiter auf 5 Personen reduzieren. Das teilte ein Sprecher des belarussischen Außenministeriums vor Journalisten mit.

Die Journalisten fragten, wie das Außenministerium auf die neuen US-Restriktionen gegen Belarus reagieren wird.

„Es gibt eine gewisse diplomatische Ethik. Wir werden unsere Antwortmaßnahmen nicht an die große Glocke hängen. Aber den Amerikanern haben wir unsere Reaktion auf ihre unfreundlichen und sogar aggressiven Aktionen zur Kenntnis gebracht. Im Außenministerium fand heute ein Treffen mit dem interimistischen Geschäftsträger Ruben Arutjunjan statt“, sagte Pressesprecher Anatoli Glas.

In den letzten Jahren haben sich die beiden Staaten viel dafür eingesetzt, die diplomatischen Beziehungen auf eine mehr oder weniger akzeptable Ebene zu bringen. „Die USA haben schamlos und offen feindselig gehandelt. Einzelne US-Diplomaten haben die ganze Vorarbeit zunichte gemacht und uns dazu gezwungen, die früher erteilte Zustimmung für die Ernennung von Julie Fisher zur US-Botschafterin in Belarus zurückzuziehen“, sagte der Pressesprecher. Das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen ist unmissverständlich und gibt eine klare Antwort für solche Situationen. „Vor dem Hintergrund der Bemühungen Washingtons, die Zusammenarbeit mit Belarus auf breiter Basis auf ein Minimum zu reduzieren und das Land wirtschaftlich zu erwürgen, sehen wir ganz objektiv keinen Sinn darin, so viele US-Diplomaten in Belarus zu unterhalten. Wir haben den Vereinigten Staaten empfohlen, die Zahl der Botschaftsmitarbeiter bis zum 1. September auf 5 Personen zu reduzieren.“

„Angesichts des Vertrauensverlustes der derzeitigen US-Regierung in Belarus werden alle neuen Projekte, Stipendien und Programme der US-Regierung ausgesetzt, bis dieses Vertrauen wiederhergestellt ist. Wir behalten uns das Recht vor, auf der Grundlage der Ergebnisse der laufenden Analyse weitere gegenseitige Maßnahmen zu ergreifen. Ich möchte noch einmal betonen, dass Belarus auch in der gegenwärtigen Situation zum Dialog bereit ist und eine Reihe von eingeleiteten Maßnahmen überprüfen wird, falls Washington gegenüber Belarus wieder eine konstruktive Politik führt. Das würde übrigens den Interessen der Belarussen und der Amerikaner entsprechen“, sagte der offizielle Vertreter des belarussischen Außenministeriums.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000020\\_1628693101\\_58047\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1628693101_58047_big.jpg)

### de.rt.com: **Russland: Neue Anklage gegen Alexei Nawalny**

Die russische Justiz erhebt eine weitere Anklage gegen Alexei Nawalny. Der Oppositionelle habe laut einer Erklärung des Ermittlungskomitees eine Organisation gegründet, die in die Rechte der Bürger eingreift. Ihm droht erneut eine Gefängnisstrafe.

Nach Ansicht der Ermittlungsbehörden waren die Aktivitäten der Anti-Korruptions-Stiftung FBK, die Nawalny gegründet und geleitet hatte, "mit der Ermunterung von Bürgern zu illegalen Handlungen verbunden". Nawalny habe gemeinsam mit seinen Vertrauten Leonid Wolkow und Iwan Schdanow im Internet Aufrufe zur Teilnahme an nicht genehmigten Kundgebungen im Januar 2021 verbreitet, teilte das russische Ermittlungskomitee am Mittwoch in der Hauptstadt Moskau mit.

Im Fall einer Verurteilung könnten Nawalny eine Geldstrafe von bis zu 200.000 Rubel (etwa 2.310 Euro) oder Zwangsarbeit oder auch eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren drohen.

Außerdem wurde am vergangenen Dienstag ein neues Ermittlungsverfahren gegen Wolkow und Schdanow eingeleitet. Ihnen werde die Finanzierung der Anti-Korruptions-Stiftung vorgeworfen, teilte das russische Ermittlungskomitee mit. Die beiden Männer hätten im Internet zu Spenden für die Organisation des inhaftierten Oppositionellen aufgerufen. Schdanow schrieb als Direktor des Fonds dazu bei Instagram, er zähle längst nicht mehr die Zahl der Strafverfahren gegen ihn.

Ein Gericht in Moskau hatte vor etwa zwei Monaten unter anderem die Anti-Korruptions-Stiftung FBK und die Regionalstäbe Nawalnys als extremistisch eingestuft und damit verboten. Unterstützer des Oppositionellen hatten das Verfahren als politisch motiviert kritisiert. Der Fonds wird nun im Extremismus-Register geführt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6113d643b480cc27780bedf8.jpg>

### **de.rt.com: Iranische Revolutionsgarde warnt Israel vor "falschen Schritten" und droht mit "Zerstörung"**

Ein iranischer Spitzengeneral hat aus Sicht Teherans Israel mit scharfen Worten vor "falschen Schritten" gewarnt, andernfalls drohe die "vollständige Zerstörung". Die Drohung folgt auf die Eskalation der Spannungen nach einer Reihe angeblicher Entführungen und Angriffe auf Tanker.

Iran hat Israel mit scharfen Worten vor "falschen Schritten" gewarnt, wie die Nachrichtenagentur Fars News vermeldete. In Teheran warte man auf einen falschen Schritt Israels, um es "vollständig zu zerstören", sagte der Kommandeur der Iranischen Revolutionsgarde General Hossein Salami auf einer Veranstaltung vor Medienvertretern anlässlich des iranischen Nationalen Journalistentages am Montag in der Konferenzhalle der Revolutionsgarde.

Salami wies zudem auf die Schlüsselrolle von Journalisten und Medien in der heutigen Welt hin sowie auf die Notwendigkeit, man müsse wirksame Methoden einsetzen, um Fakten bekannt zu machen und dem Medienkrieg des "Feindes" zu begegnen.

Nach einem mutmaßlichen Drohnenangriff in der vergangenen Woche, bei dem ein von Israel verwaltetes Tankschiff, die Mercer Street, vor der Küste Omans angegriffen worden war, kam es zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen in der Region.

Die israelische und viele westliche Regierungen, vor allem Großbritannien und die USA, warfen Iran vor, diesen Angriff inszeniert zu haben. Teheran weist diese "unbegründeten" und "kindischen" Anschuldigungen vehement zurück.

Teheran warnte, dass Iran nicht zögern werde, auf jede Bedrohung seiner Sicherheit eine vernichtende Antwort zu geben.

In einem Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom vergangenen Mittwoch warnte die iranische Regierung vor mutmaßlichen Versuchen, im Persischen Golf und in der gesamten Region künstliche "Zwischenfälle" auf See herbeizuführen, und forderte ein rasches Ende solcher "unverantwortlichen Handlungen", die den Frieden in der Region gefährden würden.

Salami betonte am vergangenen Mittwoch, dass die Antwort Irans auf die von den Feinden gegen das Land gerichteten Drohungen verheerend sein und ihnen Reue einflößen werde. Er drohte:

"Wir warnen sie (die Feinde), aus der Vergangenheit zu lernen und zu wissen, dass unsere Antwort auf die Drohungen der Feinde noch zerstörerischer und bedauerlicher sein wird." Seit der Gründung der Islamischen Republik Iran hätten ihre Feinde nichts unversucht gelassen und stets interne Probleme, etwa Wasser- oder Stromknappheit, versucht

auszunutzen, um Unruhe zu stiften.

Er fügte im Hinblick auf den Regierungswechsel in Iran hinzu:

"Wir befinden uns in einem Prozess der Regierungsübergabe, der sich von der Machtübergabe in den Vereinigten Staaten unterscheidet. Und dieser Übergang der Regierung von Iran ist würdevoll, gesund und friedlich, und wir gehen durch diesen politischen Prozess."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6113b658b480cc277e000096.jpeg>